

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 111 (2017)
Heft: 9

Artikel: Die Entmachtung der Demokratie kann nur transnational aufgehoben werden : sieben Thesen zu Demokratie und Europa
Autor: Gross, Andreas
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-731320>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Entmachtung der Demokratie kann nur transnational aufgehoben werden

Sieben Thesen zu Demokratie und Europa

Wie steht es um die Demokratie in Europa, in der EU und in den Nationalstaaten? Was kann Europa von der direkten Demokratie in der Schweiz lernen? Eine Analyse der Probleme, Chancen und Tendenzen.

1. Der Demokratie geht es schlecht

Die Staaten haben viele eigenständige Handlungsoptionen verloren. Nicht mehr die Regierungen, sondern die transnationalen Märkte bestimmen die Wirtschafts- und Sozialpolitiken der Staaten. Die BürgerInnen können unterschiedliche Parteien und Regierungsmehrheiten wählen, doch die Politik wird sich deswegen kaum ändern. Die Regierungen dienen nicht mehr den BürgerInnen, sondern dienen sich den Märkten an und versuchen, die Voraussetzungen für maximale Kapitalrenditen zu optimieren.

So lässt sich die tektonische Verschiebung zusammenfassen, die zur weitgehenden Entmachtung der Demokratie geführt hat. Nationalstaatlich kann die Macht der Demokratie nicht restauriert werden. Wer die wesentlichen Versprechen der Demokratie – eine faire Verteilung der Lebenschancen und die Verhinderung der Degenerierung der Freiheit zur Freiheit der Privilegierten – nicht aufgeben will, der muss sie endlich auf der gleichen Ebene einrichten wie der Markt: transnational, jenseits des Nationalstaates. So schufen die Kantone und die Bürger 1848 die Bundesebene, die schweizerische Form des Nationalstaates.

Die Geschichte der Demokratie war immer ein Kampf um die Demokratisie-

rung ihrer einzelnen Komponenten (Institutionen, Rechte, Verfahren, Verhältnisse und Beziehungen), ein ständiger Prozess, in dem es immer Momente der Progression und der Regression gab. Heute erleben wir in Europa eine Regression.

2. Frankreich hat's gemerkt

Frankreichs Demokratie hat sich als stark genug erwiesen, die beiden Parteien zu pulverisieren, die seit fünfzig Jahren den Staat und die Politik dominierten. Drei Viertel der Parlamentssitze sind jüngst drei Bewegungen übertragen worden, von denen zwei noch sehr jung sind. Dies ist Ausdruck einer demokratischen Erneuerungskraft – in den Niederlanden und in Spanien haben wir Ähnliches gesehen, wenn auch viel schwächer.

Der Umbruch in Frankreich kann auch als Sanktion jener Kräfte interpretiert werden, welche ebenso unwillig wie unfähig waren, eine demokratische Form der EU zu errichten. In Frankreich wurde die Krise der Demokratie und der europäischen Integration monatelang öffentlich diskutiert. Dies schuf die Voraussetzung für einen gesellschaftlichen Lernprozess, der ein Mandat zur Totalrenovation der EU hervorbrachte.

In den Niederlanden hat eine solche Debatte ebenso wenig stattgefunden

wie in Deutschland. Zwar schreibt Hauke Brunkhorst im Juli 2017 in den *Blättern für deutsche und internationale Politik* von «Merkels Europa am Abgrund». Doch daraus ist noch kein Thema der Bundestagswahlkampagne geworden. Vorläufig gibt es wenig Hoffnung, dass in Brüssel die Einsicht für notwendige Reformen wächst.

her im Parlament und in der Öffentlichkeit ausführlich debattiert worden sind. In einer direkten Demokratie kann keine Regierung von sich aus irgendwelche Befragungen ansetzen. Plebiszite waren dagegen immer willkürlich eingesetzte Instrumente autoritärer Herrscher, um Politik, die wenig respektiert wird, zu legitimieren. Premier David Cameron



Helvetia und ihre Töchter, die 22 Kantone. Das Bild stellt auf eine idealisierende Art die Gleichberechtigung und das friedliche Zusammenleben der Kantone dar. Gestanzte Postkarte, um 1900.

3. Mehr direkte Demokratie hat mit Plebisziten nichts zu tun

In den meisten konsolidierten Demokratien existiert starker Druck, die repräsentative Demokratie um direkt-demokratische Elemente zu erweitern, welche sie repräsentativer machen. Auch wenn bei Plebisziten à la Brexit abgestimmt wird wie in einer direkten Demokratie, haben die beiden Dinge so viel miteinander zu tun wie das Schwimmen und das Ertrinken, die auch beide im Wasser stattfinden. In einer direkten Demokratie gibt es die Möglichkeit, über Gesetze und Verfassungsänderungen abzustimmen, die vor-

handelte verantwortungslos, als er unvorbereitete BürgerInnen auf Grund einer innerparteilichen Querele über eine unausgereifte Frage entscheiden liess.

4. Eine föderalistische europäische Verfassung mit transnationaler Demokratie ist möglich

National kann weder die Demokratie gerettet noch der Kapitalismus zivilisiert werden. Dazu muss die Demokratie transnational als politische Gegenmacht zum Markt konstituiert werden. Es mag für SchweizerInnen paradox klingen, aber: Deshalb bedürfen auch wir der EU um der Demokratie willen. Dazu muss

die EU umgebaut werden und statt auf Verträge auf eine Verfassungsgrundlage gestellt werden. Erst dann kann sie kontinental kompensieren, was national an Demokratie verloren geht.

Selbst die Franzosen haben sich davon überzeugen lassen, dass eine bessere Sozialpolitik nur über Europa realisiert werden kann. Dafür muss allerdings die Machtstruktur des Euro-Raums umgebaut und demokratisiert werden. Das meint der französische Präsident Emmanuel Macron, wenn er von einer Neufundierung der EU spricht. Wie der Ökonom Thomas Piketty verlangt er, dass die Euro-FinanzministerInnen ihre Macht einer parlamentarischen Versammlung übergeben, die sich aus Mitgliedern der nationalen Parlamente der Euroländer zusammensetzt.

5. Die EU ist absolut notwendig – bedarf allerdings der Totalrenovation

Neoliberale Prinzipien wie Markt, Wettbewerb und Konkurrenz werden vom Luxemburger Gerichtshof seit Mitte der 1960er Jahre absolut gesetzt. Die Durchsetzung der ordoliberalen Grundsätze durch das Gericht lässt sich auch durch Mehrheiten im Europaparlament oder in der Brüsseler Kommission nicht überwinden. Wir haben es in der EU mit einem Strukturproblem zu tun.

Ob die EU in ihrer heutigen Form eine Totalrenovation realisieren kann, wird sich in den kommenden anderthalb Jahren anhand der Macron'schen Reformanstrengungen zeigen. Sollten diese nicht genügen, kommen wir um einen neuen, direkt gewählten Verfassungskonvent nicht herum. Am Ende dieses Konvents wird im Rahmen eines europäischen Völkerreferendums mit doppeltem Mehr abgestimmt. Jenen Staaten, die die neue föderalistische Verfassung ablehnen, steht es frei, aus der EU auszutreten.

Mehr Demokratie bedeutet immer eine feinere Verteilung der Macht. Jene, die heute Macht, zu viel Macht, haben, werden dies nicht ohne weiteres zulassen. Sie werden erst bereit sein, in diese

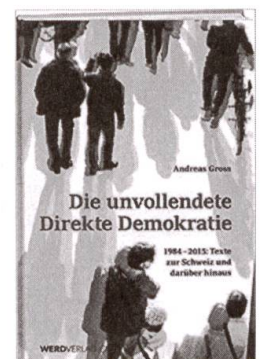
Neu- und Umverteilung einzusteigen, wenn sie Angst haben, andernfalls gar keine Macht mehr zu haben. Das heisst: Man müsste beispielsweise ParlamentarierInnen vor Wahlen zeigen, dass sie nicht mehr gewählt werden, wenn sie sich nicht für eine neue europäische Demokratie engagieren.

Mehr Demokratie bedeutet immer eine feinere Verteilung der Macht. Jene, die heute Macht, zu viel Macht, haben, werden dies nicht ohne weiteres zulassen.

6. Die grosse Bewegung zur Europäisierung der Demokratie und der Demokratisierung der EU ist noch nicht da

Jene, die mehr Demokratie und eine neue, feinere Machtverteilung wollen, müssen dafür etwas tun – auf die Strasse gehen und eine Demokratiebewegung etablieren. Zuallererst in den Hauptstädten, im Hinblick auf nationale Wahlen und später auch gesamteuropäisch. Ohne breite, mächtige Demokratiebewegungen wäre es nirgends zu demokratischen Verfassungen und zu demokratischen Fortschritten gekommen – auch nicht zu den schweizerischen Volksrechten.

Die notwendigen transnationalen BürgerInnenbewegungen gibt es bisher erst rudimentär und vereinzelt. Doch was noch nicht ist, kann werden. Die Potenziale sind da. Handlungsmotivierende Analysen müssen und unter die Leute gebracht werden. Ebenso wie die Einsicht, dass eine neue Zuwendung zum Nationalstaat keine Alternative mehr sein kann. Erinnern wir uns daran, dass die mächtigsten europäischen Bewegungen der vergangenen fünfzig Jahre meist unvorgesehen zum Durchbruch kamen. Dieser Moment kann näher sein, als wir uns bewusst sind. Doch wir dürfen nicht einfach darauf warten, sondern müssen schon heute tun, was wir zu leisten vermögen.



Andreas Gross: *Die unvollendete Demokratie. 1984–2015: Texte zur Schweiz und darüber hinaus.* Thun 2016.

7. Die direkte Demokratie bedarf auch in der Schweiz mehr Zuwendung

Ohne die direkte Demokratie wäre die Schweiz zum Verzweifeln. Dank ihr konnten fortschrittliche Massnahmen durchgesetzt werden, die im Parlament keine Mehrheit gefunden hätten. Das Problem unserer direkten Demokratie ist aber, dass wir ihr zu wenig Zuwendung schenken: Ihre Infrastruktur – Bildung, Öffentlichkeit, Organisationsfähigkeit, Diskurskapazitäten – geht kaputt, sie wird zu wenig verfeinert, ihre Kolonialisierung wird nicht verhindert.

So haben viele SchweizerInnen den Eindruck, ihre Volksrechte seien zu Rechten Vermögender geworden. Es braucht Geld, um der eigenen Argumentation Gehör zu verschaffen. Dies führt zu einer enormen Verzerrung der öffentlichen Debatte, behindert die demokratische Meinungsbildung und entzieht dem Ergebnis viel Legitimation.

Im Unwillen der etablierten Mehrheiten in den Räten, in eine gesunde direkte Demokratie zu investieren, kommt zum Ausdruck, dass die Eliten bis heute auch in der Schweiz die direkte Demokratie mit ihren Volksrechten – Errungenschaften des ersten grossen Bündnisses der Zukurzgekommenen gegen das liberale Establishment des jungen Bundesstaates (1860–1895) – nicht verinnerlicht, vielleicht nicht einmal richtig akzeptiert haben. Die Schweiz ist heute das einzige Land unter den 35 demokratischen Staaten Europas, das kein Gesetz kennt, welche den Einfluss des Geldes in der Politik regelt, ausgleicht, öffentlich macht oder minimiert. ●

Dieser Text basiert auf einem langen Gespräch, das Andreas Gross diesen Sommer im Hinblick auf den Europakongress mit WOZ-Redaktor Stefan Howald geführt hat. Volltext unter: www.europakongress.ch/texte

*Andreas Gross, *1952, ist Politikwissenschaftler und Lehrbeauftragter. Sein Arbeitsschwerpunkt liegt seit vierzig Jahren bei Fragen der direkten Demokratie und der Europäischen Verfassung. Er gehörte zu den Gründern der GSoA und von eurotopia, war National- und Europarat.*

hpandigross@hotmail.com